

Anwohnerparken wird viel teurer

Ratsmehrheit hofft auf Motivation zum Umstieg – 2,8 Millionen Euro Mehreinnahmen für Verkehrswendeprojekte

Eine der kontroversesten Diskussionen der jüngeren Stadtgeschichte hat ihr vorläufiges Ende erreicht: Eine Ratsmehrheit beschloss die drastische Erhöhung der Anwohnerparkgebühren auf rund 30 Euro pro Monat. Zustimmung gab es außerdem für das Konzept der Stadtverwaltung, mehr Anwohnerparkzonen auszuweisen und das Park-and-ride-Angebot zu verbessern. Um die umfangreiche Tagesordnung der dritten Haushaltslesung am kommenden Dienstag (27. April) zu entlasten, hatte die Verwaltung einige Themen vorgezogen. Darunter das „Parken in Freiburg“ – eine sehr detaillierte und inhaltlich letztlich völlig unumstrittene Beschlussvorlage, die eine Ausweitung des Anwohnerparkens in Herdern und der Oberau sowie eine Verbesserung des Park-and-ride-Angebots zum Ziel hat. Beide Themen stießen im Rat auf große Zustimmung – diskutiert wurde aber fast nur über die künftige Gebühr für einen Anwohnerparkausweis.

Dessen Kosten hat bislang eine bundesweit geltende Gebührenordnung geregelt. Höchstens 30 Euro pro Jahr waren demnach zulässig – exakt so viel kostet der Ausweis in Freiburg seit 1993. 2020 ist eine Änderung der Straßenverkehrsordnung in Kraft getreten, aus der sich ein deutlich höherer Gestaltungsspielraum ergibt. Obwohl die konkrete Ausgestaltung des Landes noch fehlt, hatte die Verwaltung im Haushaltsentwurf bereits Mehreinnahmen von einer Million Euro pro Jahr vorgesehen – das entspricht etwa einer Vervierfachung des bisherigen Betrags. Angesichts der gewünschten Lenkungswirkung und zur Finanzierung von Projekten der Verkehrswende hatten die Grünen, Eine Stadt für alle und Jupi einen Haushaltsantrag gestellt, auf die Million der Verwaltung weitere 2,8 Millionen Euro draufzusatteln – und in der zweiten Lesung dafür eine Mehrheit erhalten. Diesen Beschluss stellten SPD/Kulturliste, CDU, Freie Wähler und AfD strittig – erfolglos. Damit könnte die Gebühr für den Parkausweis auf durchschnittlich 30 Euro pro Monat steigen – zwölfmal mehr als bislang. Allerdings soll es gestaffelte Tarife geben, die beispielsweise die Fahrzeuggröße oder das Einkommen berücksichtigen – einen (möglichst unbürokratischen) Verfahrensvorschlag muss jetzt die Verwaltung erarbeiten.

In der gemeinderätlichen Aussprache schlug das Thema nochmals hohe Wellen. Aufseiten der Gegner beklagte Gerlinde Schrempf von den Freien Wählern „realitätsferne Vorstellungen“ und „Abzocke“. Dass mit dem Ausweis kein fester Stellplatz, sondern nur das „Kreiseln im Quartier“ verbunden sei, bemängelte Bernhard Rotzinger (CDU). Geringere Gebühren für besonders verkehrssichere und umweltverträgliche Autos forderte Sascha Fiek (FDP), auf das viel höhere CO₂-Einsparpotenzial von einem Ausbau der P&R-Plätze verwies Stefan Schillinger (SPD). Detlef Huber (AfD) wertete den Beschluss als Beweis der „unsozialen Politik der Grünen“.

Die Befürworter hingegen stellten klar, dass öffentlicher Raum ein kostbares Gut und ein Preis von einem Euro pro Tag durchaus angemessen sei. Zudem fließe das Geld direkt in die Förderung nachhaltiger Mobilität, so Grünen-Stadträtin Anabel von Kalckreuth. Die gemeinwohlorientierte Nutzung des Raums mit mehr Platz und Sicherheit für alle wünschte sich Gregor Mohlberg von Eine Stadt für alle. Auf übergeordnete Ziele und die geplante Verwendung der Mehreinnahmen verwies Jupi-Stadtrat Simon Sumbert: „Die Klimakrise geht nicht weg durch warme Worte.“ Mit Verve schloss sich auch FL-Stadtrat Wolf-Dieter Winkler den Befürwortern an: Der Schritt sei längst überfällig.

Das Meinungsbild manifestierte sich bei der Schlussabstimmung: Grüne, Eine Stadt für alle, Jupi und Freiburg Lebenswert votierten geschlossen dafür, alle anderen dagegen.

Neue Lösung für den Radweg am Friedhof

Lob und Zustimmung im Gemeinderat

Mit großer Mehrheit hat der Gemeinderat den neuen Plänen für den Radweg FR3 am Hauptfriedhof zugestimmt: Dieser soll näher an die Kirschbäume entlang der Friedhofsmauer rücken und so die für eine Radvorrangroute vorgesehene Mindestbreite von zwei Metern erhalten.

Der ursprüngliche Plan der Verwaltung, den Radweg auf dem rund 300 Meter langen Stück an der Friedhofsmauer auf seiner aktuellen Breite von 1,60 Metern zu belassen, hatte für Gegenwind bei mehreren Fraktionen gesorgt. Und auch der anschließende Vorschlag, für einen breiteren Radweg entweder etliche Bäume zu fällen oder die Parkplätze zu entfernen, stieß auf viel Kritik.

Die jetzt vorgelegte Variante, durch die die Baukosten von fünf auf 5,5 Millionen Euro steigen, wurde als guter Kompromiss, gar als „eierlegende Wollmilchsau“ gelobt. Der Clou: Durch das Verschieben des Wegs Richtung Friedhofsmauer müssen die Bäume zur Straße hin nicht weichen, und auch die Parkplätze können bleiben. Sie sind wichtig für die häufig älteren Friedhofsbesucherinnen und -besucher, von denen viele mit dem Auto kommen und Kränze oder Blumengestecke mitbringen.

Klar sei, so Baubürgermeister Martin Haag an die Adresse jener, die das Projekt insgesamt hinterfragen: „Wir müssen an dieser Stelle etwas machen, die Radwege sind in desolatem Zustand – insofern handelt es sich hier keineswegs um ein Luxusprojekt.“

An die Menschen angepasst bauen

Stadtbau-Wohnungen künftig alle barrierefrei

Als „Meilenstein“ bezeichnete Bürgermeister Ulrich von Kirchbach den neuen „Maßnahmenkatalog Barrierefreies Bauen“ der Freiburger Stadtbau (FSB). Er definiert Standards für alle künftigen Bauvorhaben des kommunalen Wohnungsbaunternehmens.

„Die Verhältnisse müssen sich an die Situation der Menschen anpassen, und nicht umgekehrt“, sagte Ulrich von Kirchbach anlässlich der Vorstellung des Katalogs. Dieser liefert praxisorientierte Lösungen für alle, die Bedarf an inklusivem Wohnraum haben, für gehbehinderte ebenso wie für blinde oder gehörlose Menschen.

Dazu gehören Türen, die breit genug für Rollstühle sind, ebenerdig zugängliche Duschen, aber auch Kleinigkeiten wie gelbe Markierungen auf den ersten und letzten Treppenstufen, die für sehbehinderte Menschen Anfang und Ende der Treppe markieren, oder Lichtschalter und Klingeln, die vom Rollstuhl aus gut zu erreichen sind. Rund zwei Drittel der Maßnahmen sind kostenneutral.

Entstanden ist der Katalog durch enge Abstimmung der Stadtbau mit der kommunalen Behindertenbeauftragten, dem Beirat für Menschen mit Behinderung und der Koordinationsstelle Inklusion im Dezernat III.

Grundlage ist die Landesbauordnung: Sie sieht vor, in einem Haus mit drei oder mehr Wohnungen eine Etage barrierefrei zugänglich zu machen. Die FSB dagegen wendet ihre insgesamt 69 Punkte auf alle Wohnungen an und geht damit „noch einen ganzen Schritt weiter“, betont die Technische Geschäftsführerin Magdalena Szablewska. „Wir wissen um unsere soziale und integrative Verantwortung“, ergänzt der Kaufmännische Geschäftsführer Ralf Klausmann.

Auch bislang hat die FSB schon barrierefrei gebaut, aber man habe jeweils von Objekt zu Objekt neu geschaut, was machbar ist, so Sprecher Philipp Peters. „Jetzt haben wir einen Katalog, den alle abarbeiten können, die mit einem Objekt befasst sind: vom Planer bis zum Handwerker.“

Termin-Vorschau

Veranstaltungen zum Stadtjubiläum der nächsten 14 Tage:

StadtWaldMensch – 900 Jahre Wald für Freiburg

Ausstellung im Waldhaus Freiburg bis 31. März 2022

buochmeisterinne

Handschriften und Frühdrucke aus dem Freiburger Dominikanerinnenkloster Adelhausen, Ausstellung im Museum für Stadtgeschichte bis 13. Juni

GrundRisse – Ein Quartier im Umbruch

Ausstellung mit 15 Stationen unter freiem Himmel im Sedanquartier und Im Grün bis 24. Mai

Frauen.Gestalten 2

Ausstellungsprojekt in drei Teilen, VHS Galerie, Voranmeldung unter info@gedok-freiburg.de oder Tel. (0761) 15 62 06 02 bis 28. Mai

„Jüdische Geschichte in Freiburg“

Online-Vortrag von Heinrich Schwendemann (Link zum Vortrag: <https://zoom.us/j/97830174290>)Do, 6. Mai, 20 Uhr

Verwaltung auf Reformkurs

Eine schonungslose Analyse der Haushaltslage legte die Verwaltung dem Gemeinderat vor – und holte sich im Gegenzug den Auftrag ab, einen breit aufgestellten Modernisierungs-, Restrukturierungs- und Konsolidierungsprozess einzuleiten. Dessen Ziel: das „offensichtlich bestehende strukturelle Haushaltsdefizit“ in den Griff zu bekommen. Eine Zielmarke ist bereits gesetzt: 2023 sollen sechs Millionen Euro gespart werden, 2024 schon zehn Millionen Euro.

Um das zu erreichen, wird eine „Projektgruppe Impuls für Wandel und Innovation“ – kurz „PIWI“ – gegründet. Der Gesamtprozess ist auf fünf Jahre angelegt und soll nicht nur die Stadtverwaltung, sondern auch die Stadttöchter umfassen. Neben der klassischen Aufgabenkritik soll es vor allem um die Modernisierung der Verwaltung und die Prioritätensetzung städtischer Politik gehen. Bei allem mit im Boot ist der Gemeinderat: in einer Arbeitsgruppe zur Prozessbegleitung – und bei allen notwendigen Entscheidungen im Stadtparlament. Der Start ist verheißungsvoll: Er gelingt einstimmig.

Aus den Fraktionen

Die Beiträge dieser Seite werden inhaltlich von den Parteien und Gruppierungen im Gemeinderat verantwortet. Der Textumfang orientiert sich an der Anzahl der Sitze im Gemeinderat.

Grüne

Stadtbau: Maßnahmen für Barrierefreiheit

Seit Langem fordern die Beauftragte und der Beirat für Menschen mit Behinderung, das Thema Barrierefreiheit bei der Freiburg Stadtbau stärker in den Fokus zu rücken. Aus dem Gemeinderat wurde diese Forderung aufgegriffen und die Stadt- bau im vergangenen Jahr beauftragt, ein Konzept Barrierefreiheit zu erstellen. Diese Woche wurde der „Maßnahmenkatalog Barrierefreies Bauen“ nun öffentlich vorgestellt. Er enthält eine Vielzahl an Maßnahmen, mit denen die Stadt- bau für mehr Barrierefreiheit für die Bewohner*innen sorgen wird. „Damit gehen wir weit über die Vorgaben in der Landesbauordnung hinaus. Ich freue mich, dass damit die Forderungen aufgegriffen wurden. Es ist wichtig, dass der Ausbau an barrierefreiem Wohnraum auch weiterhin bedarfsgerecht und in Abstimmung mit der Beauftragten und dem Beirat für Menschen mit Behinderung erfolgt“, so die Stadträtin und Stadt- bau-Aufsichtsrätin Pia Maria Federer.

Danke Nadyne Saint-Cast! Willkommen Hannes Wagner!

Nach sieben Jahren im Gemeinderat scheidet unsere Stadträtin Nadyne Saint-Cast aus dem Stadtrat aus. Nadyne Saint-Cast wurde im März in den baden-württembergischen Landtag gewählt. Wir bedanken uns bei Nadyne für ihre engagierte Arbeit für bessere Bildung, gute Kitas und nachhaltige Mobilität. Wir wünschen ihr viel Erfolg als direkt gewählte Abgeordnete für den Wahlkreis Freiburg-West und sind uns sicher, dass sie in Stuttgart viel für Freiburg erreichen wird.

Nachrücken wird Hannes Wagner. Der 22 jährige Medizinstudent wird als jüngstes Mitglied des Gemeinderats die Fraktion unter anderem im Mobilitäts- und Sozialausschuss sowie im Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz vertreten.

Schulsanierung absichern

Dieser Haushalt zeigt: Das Geld ist knapp. Eine Reform der Stadtverwaltung soll aktuelle Strukturen kritisch hinterfragen, um die vorhandenen Mittel besser einzusetzen. In diesem Prozess wollen wir die Schulsanierung auf sichere Beine stellen. Denn klar ist: Mit den stetigen Verschiebungen verbauen wir langfristig die Zukunft unserer Kinder. Um endlich mehr Konstanz in die Sanierung unserer Schulen zu bringen, lassen wir gemeinsam mit den Fraktionen SPD/Kulturliste, ESFA und Freiburg Lebenswert die Gründung eines Eigenbetriebs prüfen.

Veranstaltung: „Kinder und Jugendliche – wie weiter mit und trotz Corona?“

Seit über einem Jahr können Kinder und Jugendliche ihre Bildungseinrichtungen nicht oder kaum besuchen. Über die Folgen des Lockdowns und Ansätze, welche Maßnahmen nun umgesetzt werden müssten, diskutieren wir digital am Freitag, den 30. April, von 14 bis 16 Uhr. Unsere Gäste sind Bildungsbürgermeisterin Christine Buchheit, Dr. Roland Elling (Kinderinfektiologe an der Uniklinik) und Antje Funcke (Expertin für Bildung und Familie der Bertelsmannstiftung).

Mehr Infos auf unserer Homepage, Anmeldung per Mail bei Annabelle.kalckreuth@gruene-freiburg.de

Eine Stadt für alle

Die LEA ist (k)ein rechtsfreier Raum

Seit 2018 betreibt Baden-Württemberg in Freiburg eine Landeserstaufnahmeeinrichtung, in der Menschen, deren Asylverfahren noch läuft, verpflichtet sind, bis zu 18 Monate zu leben. Menschen, deren Identität nicht festgestellt werden kann, müssen sogar auf unbegrenzte Zeit in der Massenunterkunft leben. In den letzten Jahren sind zunehmend Fragen in Bezug auf die volle Umsetzung der Grundrechte auf dem Gelände der LEA aufgeworfen worden. Ein 2020 erstelltes Rechtsgutachten kommt zu dem Schluss, dass das Land in der Hausordnung, die das komplette Leben in der LEA regelt, die Grundrechte der Bewohner*innen systematisch verletzt. Die Bewohner*innen sind ständigen verdachtsunabhängigen Taschenkontrollen ausgesetzt, dürfen keinen Besuch empfangen und haben keine Möglichkeit zur Selbstversorgung. Politische und religiöse Betätigung ist verboten, Zimmer nicht abschließbar und damit keine Privatsphäre möglich, und Zimmerkontrollen durch Sicherheitsdienst und teilweise auch die Polizei sind an der Tagesordnung. Dies ist mit der allgemeinen Handlungsfreiheit, dem Persönlichkeitsrecht, der Unverletzlichkeit der Wohnung und der Meinungs- und Religionsfreiheit der Bewohner*innen nicht vereinbar. Wir sind überzeugt, dass die Stadt, falls sich diese Vorwürfe bestätigen, alles in ihrer Macht Stehende dafür tun muss, diese Zustände zu beenden.

Die Vereinbarung zwischen der Stadt und dem Land über die Einrichtung der LEA sieht eine Evaluation des Jahres 2020 vor, in deren Anschluss „im Benehmen mit der Stadt über den weiteren Betrieb der LEA entschieden“ wird. Dass sich diese Formulierung nun aber als reiner Blinder herausstellt und die Stadtspitze betont, dass der Gemeinderat hier nichts mitzureden habe und keinesfalls über den weiteren Betrieb entschieden werde, ist nicht akzeptabel und muss politische Konsequenzen aus dem Gemeinderat nach sich ziehen.

Integration statt Verwahrung

Warum die Stadt kein Interesse an einer kritischen Auseinandersetzung mit der LEA hat, wird schnell klar. Die Vereinbarung sieht nämlich auch vor, dass die Stadt während des Betriebs der LEA von Zuteilungen zur vorläufigen Unterbringung und der Anschlussunterbringung befreit ist, und im Gegensatz zur LEA, die durch das Land finanziert wird, würde diese Unterbringung Geld kosten. Freiburg hat aber die Kapazitäten, um Menschen langfristig und auch dezentral unterzubringen, und ist hervorragend geeignet, um ein gutes Ankommen in Deutschland zu ermöglichen. Daher fordern wir, dass die Stadt Freiburg, falls sie am Betrieb der LEA festhält, auf die Befreiung verzichtet und wieder langfristig Menschen in unserer Stadt aufnimmt, wo sie tatsächlich am gesellschaftlichen Leben partizipieren können, statt nur verwahrt zu werden.

SPD/Kulturliste

Verkehrswende geht nur gemeinsam

Am Dienstag hat der Gemeinderat mit den Stimmen der Grünen, JUPI, Esfa und Freiburg Lebenswert eine massive Erhöhung der Anwohnerparkgebühren auf durchschnittlich 360 Euro im Jahr beschlossen. Zwar herrschte quer durch die Fraktionen Konsens, dass eine Erhöhung der Gebühren (bislang 30 Euro pro Jahr) angemessen ist. Kontrovers waren vor allem zwei Fragen: Welche Größenordnung ist bei der Anhebung unter sozialen Gesichtspunkten angemessen? Und wie lassen sich diese Mehreinnahmen am effizientesten für das Ziel der Verkehrswende einsetzen?

Unverhältnismäßige Erhöhung der Anwohnerparkgebühren

Die SPD-Kulturliste hat mit ihrem Antrag, die Gebühren auf durchschnittlich 15 Euro im Monat zu erhöhen – genauer: zwischen 10 Euro für den Kleinwagen und 20 Euro für den Sportwagen –, einen Kompromissvorschlag zwischen der Vorlage der Verwaltung und den nun beschlossenen Maximalforderungen gesucht. Auch wenn die Mehrheit dafür fehlte, bleiben die Argumente für eine maßvolle Anhebung bestehen: „Wer die Verkehrswende und mehr Klimaschutz will, darf nicht nur zu Kasse bitten, sondern muss möglichst viele Menschen dabei mitnehmen“, betont Stefan Schillinger, mobilitätspolitischer Sprecher der SPD-Kulturliste. Dies gelte eben auch für die vielen Berufstätigen, die auf ein Auto angewiesen sind, und nicht zuletzt für die 25 000 Freiburger:innen, die jeden Tag auspendeln müssen, um woanders zu arbeiten.

Mehreinnahmen gezielter für die Verkehrswende einsetzen

Aktueller Stand ist, dass von den 20 Prozent der lokalen CO₂-Emissionen, die auf den Verkehr entfallen, die Wege mit längerer Distanz den größten Anteil ausmachen. Daraus folgt: Mehr ÖPNV-Angebote und mehr Park-and-ride-Plätze sind notwendig, um den vielen Pendler:innen die Möglichkeit zu geben, ihr Auto stehen zu lassen. Aus diesem Grund hatte die SPD-Kulturliste den Antrag gestellt, 500 000 Euro aus den Mehreinnahmen durch die Anhebung der Gebühren für den Ausbau von P+R-Parkplätzen zu verwenden. „Für uns bedeutet progressive Klimapolitik, soziale Gesichtspunkte klar zu gewichten und wissenschaftliche Daten und Fakten ernst zu nehmen“, resümiert Stefan Schillinger und ergänzt: „Wir bedauern, dass weder die Grünen noch JUPI unserer Argumentation folgen konnten und der Antrag damit keine Mehrheit erhalten hat.“

Freie Bahn für den Wirtschaftsausschuss

Wichtige städtische Themen wie Kultur, Sport, Soziales, Bildung und Verkehr werden öffentlich in Ausschüssen diskutiert. Umso erstaunlicher ist es, dass bedeutende Fragen der kommunalen Wirtschaftspolitik bislang hinter verschlossenen Türen im Aufsichtsrat der FWTM behandelt wurden. „Dieses Verfahren erscheint uns nicht mehr zeitgemäß. Dem großen öffentlichen Interesse an Wirtschaftsfragen muss in Zukunft Rechnung getragen werden“, so Fraktionsvorsitzende Carolin Jenkner. Um für mehr Transparenz zu sorgen, haben wir gemeinsam mit den Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen sowie FDP&Bürger für Freiburg einen Antrag zur Einrichtung eines Wirtschaftsausschusses gestellt. Daher freut es uns sehr, dass die auf unsere gemeinsame Initiative ausgearbeitete Vorlage der Verwaltung nun in der letzten Gemeinderatssitzung beschlossen wurde.

Wirtschaftliche Aspekte müssen mitgedacht werden

Gerade große, richtungsweisende Entscheidungen sollten nach unserer Auffassung zwingend auch aus einem wirtschaftlichen Blickwinkel betrachtet werden. In Prozessen wie der Ausweisung großer Neubaugebiete wie Dietenbach oder der Erstellung des neuen Flächennutzungsplans sollten auch wirtschaftliche Aspekte berücksichtigt werden. Wir haben in Freiburg eine Vielzahl leistungsstarker Unternehmen, die Arbeitsplätze sichern und durch ihre Steuern Wohlstand für die Allgemeinheit schaffen. Es darf nicht passieren, dass Unternehmen aufgrund von fehlenden Gewerbeflächen in ihrem Entwicklungspotenzial gehemmt werden und sich letztendlich zur Abwanderung in umliegende Gemeinden gezwungen sehen. Der neue Ausschuss soll nah an den Menschen und den Unternehmen sein. Wir freuen uns sehr darüber, dass sachkundige EinwohnerInnen und VertreterInnen aus Handel, Industrie, Tourismus, Gastronomie und Wissenschaft die Mitglieder des Ausschusses bei ihren Entscheidungen beraten werden. So können in Zukunft gemeinsam mit den regionalen AkteurInnen gute Lösungen gefunden werden, um den Wirtschaftsstandort Freiburg weiterzuentwickeln. Den Vorschlag der Verwaltung, den neuen Ausschuss um den Bereich Wissenschaft zu erweitern, finden wir ebenfalls sinnvoll. Die Albert-Ludwigs-Universität und die Freiburger Hochschulen sind ein wichtiger Arbeitgeber in der Region, und ihre Belange sollten ebenfalls bei politischen Entscheidungen berücksichtigt werden.

Jupi

Konzept für kostenlose Menstruationsprodukte

Am Dienstag wurde ein Antrag für die kostenlose Bereitstellung von Menstruationsprodukten auf städtischen Toiletten im Gemeinderat angenommen. Warum das wichtig ist, erklärt PARTEI-Stadträtin Sophie Kessl gewohnt satirisch:

Wir schreiben das Jahr 2021 nach Dingsbums – ganz Gallien ist von den Feminist*innen besetzt. Ganz Gallien? Nein! Ein von unbeugsamen, unbelehrbaren, alten, weißen CIS-Männern bevölkertes Dorf hört nicht auf, Widerstand zu leisten, und erfindet dämliche, pinke, umweltfeindliche Handschuhe, die die Welt nicht braucht.

Ok, genug der kleinen Asterix-Anekdote: Menstruation sollte kein Tabu mehr sein im Jahr 2021, schließlich ist nun auch mittlerweile wirklich jedem bewusst, dass menstruierende Menschen nicht den Most ungenießbar, Dolche stumpf oder die Gurken sauer machen. Nein! Menstruation ist etwas völlig Natürliches! Also warum sollten nicht für etwas völlig Natürliches auch die entsprechenden Hygieneartikel kostenlos zur Verfügung stehen? Für das kleine oder große Geschäft müssen wir ja auch nicht die eigene Rolle mitnehmen, oder?

„Kostenlose Menstruationsprodukte?“, werde ich gefragt, und für mich gibt es nur eine Antwort: Ja! Schottland hat es vorgemacht, in Frankreich gibt's bald an den Universitäten Tampons und Binden, an unserer Uni gibt es die Initiative „Period Box“, und sogar in Tübingen haben sie es letzte Woche verabschiedet. In einer Stadt, in der Bernd Palmer Oberbürgermeister ist.

Menstruierende Menschen sind durch den Gender-Pay-Gap eh schon finanziell ausgeblutet – nun kommt auch noch eine Pandemie hinzu, die klassische Rollenklischees befördert und bestehende Ungerechtigkeiten verstärkt. Bei den einen kommt monatlich das regelmäßige Gehalt, bei den anderen kommt gehaltvoll die monatliche Regel. Deshalb werden wir die Stadt auch auffordern zu prüfen, ob durch das Einwickeln der Tampons in Geldscheine ein Mittel gefunden werden kann, den Gender-Pay-Gap zu schließen.

„Gibt es nichts Wichtigeres zu tun?“ Das können sich ja mal alle fragen, wenn nach dem großen Geschäft kein Klopapier da ist. So geht es Menstruierenden nämlich oft. Beim Teutates, das fühlt sich dann wieder an wie Ende März 2020 so ganz ohne Klopapier!

FDP/Bürger für Freiburg

Viele FDP&BFF-Themen im Gemeinderat

Am 20. April standen gleich mehrere Themen auf der Agenda des Rates, die unsere Fraktion entscheidend mitgeprägt hat. Mit der Gründung des Wirtschaftsausschusses wird die Vernetzung zwischen der kommunalen Politik und Wirtschaft transparenter. Ein Maßnahmenpaket für die Innenstadtbelebung bietet für Kultur, Handel und Tourismus in Freiburg Perspektiven für die Zeit der Pandemie und danach. Das beschlossene Konzept für den dezentralen Weihnachtsmarkt gibt auch Schausteller*innen Aussicht darauf, dass dieser stattfinden kann, selbst wenn noch nicht alle Corona-Einschränkungen aufgehoben sind.

Haushalt 21/22: Budget am Limit

Am Dienstag, dem 27.04, geht es weiter: Mit der Verabschiedung des Haushalts werden die Weichen für die kommenden zwei Jahre gestellt. Auch hier hat unsere Fraktion bereits an vielen Stellen eigene Punkte einbringen können. Zur Abstimmung stellen wir noch die Unterstützung für das Freiburger Barockorchester sowie weitere Einsparungen in Höhe von 500 000 Euro. Dennoch wird der Haushalt stark auf Kante genäht sein. Das Aus- und zum Teil Überreizen der finanziellen Spielräume wird sich in naher Zukunft auf die Handlungsfähigkeit der Stadt auswirken. Bereits jetzt spürbar, werden 2023 die Einschränkungen durch die notwendigen Sparmaßnahmen drastisch sein.

Verwaltungsreform:Notwendigkeit und Chance

In diesem Zusammenhang hoffen wir auf die in der vergangenen Sitzung eingeleitete Verwaltungsreform. Die Vorlage der Verwaltung ist deutlich: „Wir müssen das Ruder herumreißen und zwar schnell.“ Es geht um ein strukturelles Defizit im Haushalt, welches ein ‘Weiter-so’ unmöglich macht. Zweistellige Millionenbeträge müssen eingespart werden. Dafür ist im Rathaus eine umfassende Restrukturierung unumgänglich. Aber es bieten sich auch Möglichkeiten: Durch die Modernisierung und Digitalisierung von Abläufen können bessere Leistungen effizienter und kostengünstiger angeboten werden. Wir werden den weiteren Prozess eng verfolgen.

Freie Wähler

Geht doch!

Bäume, Parkplätze sowie Fahrrad- und Fußwege in Einklang zu bringen, ist bei Um- und Neugestaltungen von Straßen nicht immer einfach zu bewerkstelligen. Dass es dennoch klappen kann, zeigt nun das Beispiel des Streckenabschnitts entlang des Hauptfriedhofs. Dieser Abschnitt wird Teil der Radvorrangroute. Und für diese gilt ein Mindestmaß von zwei Metern. Daher muss der aktuelle Seitenstreifen, den sich Fahrradfahrende und Zufußgehende mit jeweils 1,50 Metern teilen, erweitert werden.

Um für die fehlenden 50 Zentimeter Platz zu schaffen, hätten entweder einige große Bäume oder ein Parkstreifen geopfert werden müssen. Beide Varianten haben den Freien Wähler nicht gefallen, vor allem aber die Vorstellung, dass die Parkplätze entfallen würden, war für die Fraktion undenkbar. „Ein Friedhof ist ein sensibler Ort. Es wäre eine Zumutung gerade für Trauernde, müssten sie vor der Beerdigung eines geliebten Menschen noch lange einen Parkplatz suchen“, findet Stadträtin Gerlinde Schrempp, „aber auch wenn man das Grab anpflanzen will, hat man Erde, Pflanzen, Eimer und Harke dabei und benutzt daher eher das Auto und muss direkt am Friedhof parken können.“

Da die Pläne des städtischen Garten- und Tiefbauamts auf Kritik gestoßen sind, hat es nachgebessert. Bei einem Vororttermin wurde der neue Plan vorgelegt, bei dem Bäume und Parkplätze erhalten bleiben. „Das ist die perfekte Lösung“, freut sich Gerlinde Schrempp, „Verbreiterung des Radwegs, ausreichend Platz für Fußgänger, Bäume und Parkplätze können bleiben. Besser geht's nicht.“ Hier zeigt sich: Ein Nebeneinander ist doch möglich. Es muss nicht immer entweder oder sein. Weiter so!

AfD

Rotteckhaus verkaufen – Weg frei für Schulen

Der Verzicht auf das Luxusprojekt Nazi-Doku im Rotteckhaus würde auf einen Schlag 9 Millionen Euro für wichtigere Anliegen freimachen. Der Wert des Hauses beträgt 7,3 Millionen Euro, die Sanierung kostet weitere 1,5 Millionen Euro. Langfristig könnten pro Jahr 300 000 Euro Personalkosten eingespart werden. Geld, das an anderen Stellen fehlt.

Es steht zu befürchten, dass das Freibad West, obwohl von links bis rechts gefordert, nicht gebaut wird. Dies, weil es der CDU egal zu sein scheint, und die Grünen nur Fahrradwege und Klimaförderung können. Für Sport und Bildung bleibt da wenig übrig. Auch die Erweiterung der Max-Weber-Schule und des Berthold-Gymnasiums ist gefährdet. Der Vorschlag der AfD, dieses ambitionierte Vergangenheitsbewältigungsprojekt aufzugeben, könnte den Weg für Investitionen in Bereichen frei machen, die der Mehrheit der Bürger auf dem Herzen liegen.

Wir sehen im Haushalt eine gefährliche Schieflage zugunsten von Digitalisierung, Klima und Fahrradwege. Es wäre durchaus möglich, diese Bereiche mit Sicherheit, Sport und Bildung unter einen Hut zu bringen. Das erfordert aber die Bereitschaft der linksgrünen Fraktionen, kleinere Abstriche bei ihren Lieblingsthemen zu machen. Gerade in Anbetracht der fatalen Kassenlage.

Freiburg Lebenswert

Stadt Begrünung

Der Klimawandel stellt die Städte vor große Herausforderungen. Die immer heißeren Sommer setzen den Menschen gerade in städtischen Betonwüsten sehr zu. Begrünte Dächer und Fassaden können dem entgegenwirken. Das Grün führt zu einer Verbesserung von Luftqualität und Mikroklima, sorgt für Schutz vor Lärm und Wind, fördert die Biodiversität, bindet CO₂, erzeugt Sauerstoff und speichert Regenwasser. Die Pflanzen haben aber auch einen positiven Einfluss auf die Gebäude selbst. Sie schützen Wände und Dächer vor Belastungen durch Wärme, Kälte, Sonnenstrahlen und Niederschlag und sorgen somit für ein angenehmeres Gebäudeklima. Dächer mit Begrünung halten in der Regel doppelt so lange wie konventionelle Flachdächer. Entgegen anderen Behauptungen schließen sich Dachbegrünung und Photovoltaikanlagen nicht gegenseitig aus.

Weitere Möglichkeiten, das Stadtgrün zu erhöhen, wären Entsiegelung von Plätzen und Verkehrsinseln, das Pflanzen von Wildblumen und Anlegen von Blühstreifen, die dann aber als Nahrungsquelle für Insekten seltener gemäht werden sollten. Das Programm „GebäudeGrün hoch“, welches die Stadt auf den Weg bringen wird, um Maßnahmen zur Dach- und Fassadenbegrünung zu fördern, sollte von möglichst vielen Bauherren in Anspruch genommen werden.

Breitbandausbau nimmt Fahrt auf

Telekom verlegt 125 Kilometer Glasfaser in der Wiehre und im Rieselfeld – Häuser jetzt kostenfrei anschließen lassen

Die Eltern im Homeoffice, die Kinder im Homeschooling: Das Leben vieler Menschen hat sich in den letzten Monaten zwangsläufig zurück in die eigenen vier Wände verlegt. Dafür ist schnelles Internet unabdingbar – aber nicht immer verfügbar. Das ändert sich jetzt in der Wiehre und im Rieselfeld. In einem Kooperationsprojekt mit der Stadt Freiburg verlegt die Telekom bis Anfang 2022 125 Kilometer Glasfaser. „Eine gute digitale Infrastruktur ist Voraussetzung für eine zukunftsweisende Stadtentwicklung“, fasst Baubürgermeister Martin Haag die Bedeutung des Projekts zusammen: „Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung sind auf stabile und leistungsstarke Bandbreiten angewiesen.“ Um den Anschluss der rund 11 000 Haushalte mit einer Geschwindigkeit von bis zu einem Gigabyte pro Sekunde in der Wiehre und im Rieselfeld schnell zu ermöglichen, arbeiteten die Telekom und das Garten- und Tiefbauamt mit dem Amt für Digitales und IT eng zusammen. Genehmigungen können so schneller ausgestellt werden. Wichtig: Damit die Telekom beim jetzigen Ausbau Häuser direkt an das Glasfasernetz anschließt, müssen die Eigentümer ihre Genehmigung geben. „Das Kabel endet nicht mehr im Verteilerkasten am Straßenrand, sondern muss bis ins Gebäude gezogen werden. Damit betreten wir Privatgrund“, erklärt Christopher Beussel, Regionalmanager der Deutschen Telekom. Immobilien können zwar später immer noch angeschlossen werden – dann allerdings auf eigene Kosten. In Kürze informiert ein Anschreiben detailliert über die notwendigen Maßnahmen. Der Ausbau startet im Stadtteil Oberwiehre. Im Rieselfeld beginnen die Tiefbauarbeiten im südöstlichen Teil unterhalb der Stadtbahnstrecke und dauern bis Anfang 2022. Die Kosten trägt ausschließlich die Telekom.

drei fragen an . . .

Peter Carp, Intendant des Theaters Freiburg

Seit vergangenen November schon sind die Türen des städtischen Theaters geschlossen, seit Februar bietet das Ensemble unter dem Motto „Vorhang auf, Stream on“ Stücke als Livestream für zu Hause an. Für den Sommer plant Intendant Peter Carp Open-Air-Aufführungen.

Herr Carp, wie werden Ihre Online-Vorstellungen angenommen?

Der Verlust des Live-Publikums wird – den Zeiten angemessen – digital aufgefangen und damit in eine neue Kunstform überführt. Wir haben zum einen fertige Inszenierungen abgefilmt, zeitgleich entstanden auch eigene neue hybride Formate. Nach den Streams konnte über Zoom mit dem Publikum und den Theatermacherinnen und -machern diskutiert werden. Das Interesse war erfreulich groß.

Fehlt Ihnen Ihr Publikum?

Selbstverständlich! Ohne Publikum fehlt die Hälfte des Gesamtkunstwerks Theater, Konzert, Performance. Wir leben von der Begegnung mit den Menschen, der direkte Austausch, künstlerisch, emotional und intellektuell, ist das, was Theater im Kern ausmacht. Wir haben soweit möglich in den vergangenen Monaten geprobt und warten auf die Wiedereröffnung. Während dieser Zeit des Wartens bieten wir unserem Publikum einige unserer Inszenierungen und Konzerte als Online-Stream an.

Wann die Theater wieder öffnen können, ist ungewiss. Denken Sie daran, im Sommer Open Air zu spielen?

Seit letztem Jahr leben wir alle im Zustand maximaler Planungsunsicherheit. Open Air zu spielen ist da eine konkrete Möglichkeit für jeden und jede in Freiburg, wieder sichtbar zu sein. Wir planen in der Tat im Juli eine Bühne auf dem Theater-vorplatz, um in Kooperation mit anderen Veranstaltern wie zum Beispiel dem Jazzhaus, dem Literaturhaus oder dem Slow Club und mit Künstlern aus der freien Szene das kulturelle Leben in Freiburg wieder zu beleben und dort anzuknüpfen, wo es vor gut einem Jahr abrupt aufhören musste.

Ring frei für Runde drei

Haushaltsserie (Teil 10): Über rund 100 Änderungsanträge wird in der dritten Lesung erneut abgestimmt

Fast 500 Änderungsanträge zum Doppelhaushalt 2021/2022 hatten die im Gemeinderat vertretenen Fraktionen, Gruppierungen und Einzelstadträte gestellt. Über sie wurde in einem zweitägigen Sitzungsmarathon im März abgestimmt. Dabei fanden viele eine Mehrheit – Einsparungen ebenso wie Mehrausgaben, die am Ende mit rund drei Millionen überwogen. Doch die Entscheidungen dieser zweiten Lesung sind noch nicht endgültig – rund 100 beschlossene oder abgelehnte Anträge wurden im Anschluss strittig gestellt und werden in der dritten Lesung am 27. April abschließend beraten.

Die Gründe für eine Strittigstellung von Anträgen können sehr unterschiedlich sein. Zum Teil handelt es sich um Beschlüsse, die in der Öffentlichkeit sehr kontrovers diskutiert werden, bei anderen machen sich die Antragsteller (teils berechnete) Hoffnungen, bis zur dritten Lesung weitere Unterstützung zu finden. Den Gegnern der drastischen Erhöhung der Anwohnerparkgebühren gelang das aber nicht. Dieser Tagesordnungspunkt wurde auf die Sitzung am vergangenen Dienstag vorgezogen – und abermals mit dem identischen Ergebnis abgestimmt. Es bleibt also bei Mehreinnahmen von 2,8 Millionen Euro, was zur Folge hat, dass der Anwohnerparkausweis künftig statt 30 Euro im Jahr in etwa denselben Betrag im Monat kosten wird.

Heftig umstritten ist auch die personelle „Abrüstung“ des Vollzugsdienstes: Hier wird in der dritten Lesung abermals diskutiert und am Ende namentlich abgestimmt. Oberbürgermeister Martin Horn hat allerdings bereits angekündigt, eine etwaige Kürzung zunächst nicht umzusetzen, da sie der mit dem Land vereinbarten Sicherheitspartnerschaft widerspräche und diese folglich neu zu verhandeln wäre.

Angesichts der jeweils stabilen Mehrheitsverhältnisse wäre ein anderes Abstimmungsergebnis als in der zweiten Lesung aber eine große Überraschung. Denn dass bereits gefasste Beschlüsse wieder gekippt werden, ist der absolute Ausnahmefall.

Neue Mehrheiten möglich

Immerhin: Möglich ist das, weil sich im Lauf der Beratungen immer auch ein neuer Sachstand ergeben kann, und weil der Hauptausschuss mit seinen nur 17 stimmberechtigten Mitgliedern die Mehrheitsverhältnisse im Gemeinderat (48 Mitglieder plus Oberbürgermeister) nicht ganz exakt abbildet.

Genau darauf gründet sich die Hoffnung mancher Fraktion, die sich angesichts knapper Entscheidungen Chancen ausrechnet, in der verbleibenden Zeit bis zur dritten Lesung noch ausreichend Unterstützung für ihr Anliegen zu finden. Und die Vergangenheit lehrt, dass diese Hoffnung durchaus berechtigt sein kann: 2019 fanden über 20 in zweiter Lesung abgelehnte Anträge in der Schlussberatung noch eine Mehrheit.

Dass Anträge, die lediglich von der antragstellenden Gruppierung selbst unterstützt wurden, im zweiten Anlauf eine Mehrheit finden, ist jedoch kaum zu erwarten. Vor allem die AfD probiert es dennoch und stellt über 40 ihrer gescheiterten Anträge nochmals zur Abstimmung.

Es darf also mit einer munteren Debatte gerechnet werden, bei der auch viele – in zweiter Lesung abgelehnte – Großprojekte nochmals auf der Tagesordnung stehen, beispielsweise die Erweiterung der Max-Weber-Schule oder der Bau des Freibeckens im Westbad. Die Sitzung am 27. April im Bürgerhaus Zähringen hat aber noch weit mehr zu bieten: Auf der überaus üppigen Tagesordnung stehen auch eine Vielzahl weiterer Themen mit Haushaltsrelevanz, die Haushaltsreden der Fraktionen sowie natürlich der finale Beschluss der Haushaltssatzung.

Der Besuch der bereits um 14 Uhr beginnenden Sitzung ist wie immer möglich, angesichts der beschränkten Platzverhältnisse, der Hygienevorschriften und der mutmaßlichen Sitzungsdauer aber nur echten Liebhaberinnen und Liebhabern empfohlen.

Ergebnisse zeitnah online

Wem es allein um die Ergebnisse geht: Die werden wie immer zeitnah von der Online-Redaktion unter www.freiburg.de sowie auf den Haushaltsseiten unter www.freiburg.de/haushalt dokumentiert. Außerdem berichtet das Amtsblatt am 7. Mai ausführlich – unter anderem auch mit Kurzfassungen der Haushaltsreden.

GEMEINDERAT

IN KÜRZE Neue Regie für Verkaufsstände

Statt des Amtes für öffentliche Ordnung ist künftig die FWTM für die Marktstände der Schmuck- und Textilhändler auf dem Rotteckring zuständig. Auch die nachmittäglichen Verkaufsstände auf dem Münsterplatz stehen jetzt unter ihrer Federführung, so die Entscheidung des Gemeinderats. Die FWTM soll eine Ausschreibung durchführen und damit über die Vergabe der Stände ab 2022 entscheiden. Für die Händler bedeutet das, dass sie sich künftig für einen Platz bewerben müssen; bislang galt ein rollierendes System. Auf dem Rotteckring sind elf Plätze zu vergeben, auf dem Münstermarkt ebenfalls, allerdings soll die Zahl dort mittelfristig auf acht reduziert werden, um den Gesamteindruck des Platzes zu verbessern. Für jedes der acht Sortimente – wie Imbisswaren, Trockenblumen oder Holzspielzeug – wäre dann nur noch ein Stand zeitgleich vor Ort.

Mehr Platz für Weihnachtsmarkt

Im vergangenen Jahr lag es schon vor, in diesem Jahr kann es hoffentlich umgesetzt werden: das Konzept für einen dezentralen Weihnachtsmarkt. Um die Besucherströme zu entzerren, können die 130 Beschicker des beliebten Marktes ihre Stände auch im Colombipark und auf dem Fahnenbergplatz aufstellen. Ob es dazu kommt, hängt vom weiteren Verlauf der Coronapandemie ab; der Gemeinderat stimmte dem Konzept in seiner jüngsten Sitzung jedenfalls zu.

Bewerbung als ÖPNV-Modellregion

Obwohl die Stadt viel Geld in den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs investiert, steigen die CO₂-Emissionen und der Pendlerverkehr nimmt stetig zu. Deshalb hat sich die Verwaltung zum Ziel gesetzt, gemeinsam mit den Kommunen die nachhaltige Mobilität zu stärken, und bewirbt sich als ÖPNV-Modellregion. Ein entsprechendes Förderprogramm hat das Klimakabinett der Bundesregierung 2019 angekündigt. Die eingereichte Projektskizze kalkuliert mit Investitionen in Höhe von 36,6 Millionen Euro – wovon der Bund 20,7 Millionen übernehmen würde. Weitere 10,8 Millionen könnten über Landesmittel eingeworben werden. Der städtische Anteil läge maximal bei 2,6 Millionen Euro, die Landkreise und Gemeinden müssten 2,5 Millionen Euro zahlen. Der Gemeinderat beschloss die Skizze bei nur zwei Gegenstimmen und betonte, dass die Verkehrswende nur in Kooperation mit der Region zu schaffen sei.

Mehr Plätze für Carsharing

Das Autoteilen ist ein Erfolgsmodell – die dafür reservierten Plätze in der Innenstadt sind mittlerweile vollständig vergeben, weiterer Ausbau tut Not. Glücklicherweise haben sich mittlerweile die gesetzlichen Rahmenbedingungen zur Ausweisung von Stellplätzen drastisch vereinfacht. Sie kann über eine Sondernutzungserlaubnis erfolgen. Ein entsprechendes Interessenbekundungsverfahren – mit Ausschreibung im Amtsblatt – bereitet das Garten- und Tiefbauamt jetzt vor.

Neuer Ausschuss gegründet

Im Januar beantragten die Grünen, die CDU und die FDP/BfF-Fraktion, einen gemeinderätlichen Ausschuss einzurichten, der die Stadt bei wirtschaftspolitischen Fragen berät. Die Verwaltung hat dieses Anliegen aufgegriffen und vorgeschlagen, einen Ausschuss für Wirtschaft und Wissenschaft zu gründen. Beide Themen sind in Freiburg eng miteinander verknüpft – etwa bei der Uniklinik oder wissenschaftlichen Instituten und Unternehmen. Der Gemeinderat folgte dem einstimmig.

Dietenbach: Stadt kauft Landesflächen

Die Stadträtinnen und Stadträte haben einem Kaufvertrag im Rahmen der Städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme (SEM) Dietenbach bei drei Gegenstimmen zugestimmt. Die Stadt kauft dem Land Baden-Württemberg Flächen im Umfang von 172 000 Quadratmetern ab, um den neuen Stadtteil zu realisieren. Kostenpunkt: 2 838 000 Euro. Dadurch erhöht sich der städtische Flächenanteil von 22,5 auf 39,5 Prozent.

Wechsel in der Grünen-Fraktion

Die Stadträtin Nadyne Saint-Cast verlässt den Gemeinderat, weil sie in den Landtag gewählt wurde. Ihre Nachfolge tritt der 22-jährige Medizinstudent Hannes Wagner an, der wie seine Vorgängerin in Freiburg geboren ist. Der Gemeinderat stimmte dem Wechsel ohne Gegenstimmen zu.

Erziehungs- und Familienberatung

Im Februar diesen Jahres wurde ein Konzept im Kinder- und Jugendhilfeausschuss vorgestellt, um die Erziehungs- und Familienberatung in Freiburg weiterzuentwickeln. Für den erhöhten Personalbedarf hat der Gemeinderat jetzt die notwendigen Mittel bereitgestellt: 186 470 Euro (2021) und 364 760 Euro (2022).

„Tu Du’s“ für Nachhaltigkeit

Zur Kenntnis genommen hat der Gemeinderat den 4. Nachhaltigkeitsbericht. Parallel dazu wurde erstmals auch ein Bericht für Bürgerinnen und Bürger vorgelegt: Er soll mit konkreten „Tu Du’s“ zu einer nachhaltigen Lebensweise motivieren.

KBP wird um zwei Jahre verlängert

In Freiburg gibt es zahlreiche Angebote für Menschen, die kein oder ein zu geringes Einkommen besitzen. Dieses „Kommunale Beschäftigungsprogramm“ (KBP) gibt es seit 2013 und versucht, Menschen zwischen 15 und 65 Jahren zu beraten, um sie in den Arbeitsmarkt zu reintegrieren und sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse zu fördern. Da der Unterstützungsbedarf eher zu- als abnimmt, hat die Verwaltung vorgeschlagen, das KBP bis 2022 zu verlängern. Dem folgte der Gemeinderat einstimmig.

„Wir lieben Freiburg“

Rückblick auf fast 40 Dienstjahre: Adrian Hurst, scheidender Leiter des Haupt- und Personalamts, über die Vorzüge des öffentlichen Dienstes, die Anforderungen des Amtes – und die Dankbarkeit der Mitarbeitenden.

Fast vier Jahrzehnte war Adrian Hurst bei der Stadt Freiburg tätig, davon 16 als Leiter des Haupt- und Personalamts. Ende April geht der 64-Jährige in den Ruhestand. Über Veränderungen unter drei Oberbürgermeistern, künstliche Intelligenz und Rennradfahren in turbulenten Zeiten hat er mit der Redaktion des Amtsblatts gesprochen.

Amtsblatt: Herr Hurst, was hat Sie als junger Mann veranlasst, eine Ausbildung bei der Verwaltung zu beginnen?

Hurst: In meinem Geburtsort Kehl habe ich nach meinem Grundwehrdienst zehn Monate am Hafen gearbeitet und wollte anschließend meinen Ausbildungsplatz als Banker antreten. Dann sagte mir der Vorsitzende meines Sportvereins, der Geschäftsführer der Stadtwerke Kehl war: „Wie wäre es mit öffentlicher Verwaltung? Das ist vielfältig und du bist direkt an den Menschen dran.“ Daraufhin habe ich mich für die Verwaltungshochschule in Kehl beworben, eine Zusage bekommen – und bin so in der Kommunalverwaltung gelandet. 44 Jahre später in Freiburg kann ich sagen: Ja, das war richtig.

Würden Sie diesen Weg auch jungen Menschen heute empfehlen?

Ja, denn gerade in einer Kommunalverwaltung gibt es so viele Einsatzmöglichkeiten, egal für welchen Beruf sie sich entscheiden. Wir bieten als Stadt ja nicht nur Ausbildungen in der Verwaltung, sondern in 35 Berufen an. Insgesamt beschäftigen wir Menschen in 260 verschiedenen Berufen, das ist ein Schmelztiegel von Abschlüssen und Kompetenzen. Außerdem bieten wir einen sicheren Arbeitsplatz und die Chance, sich durch Fortbildungen und Einsatz weiterzuentwickeln und aufzusteigen. Auch in Sachen flexible Arbeitszeiten, Homeoffice, ökologische Ausrichtung und vielem mehr sind wir attraktiv. Das sind Vorteile, auch für junge Menschen. Übrigens sind alle willkommen, die Lust haben, für die Bürgerschaft zu arbeiten.

Sie sprechen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf an...

Ja, beispielsweise können junge Menschen, die Kinder haben, bei uns eine Ausbildung in Teilzeit machen, und wir versuchen, die Kinderbetreuung in unserer Betriebskita sicherzustellen. So etwas bekommen wir als Arbeitgeberin übrigens zu 100 Prozent wieder zurück. Die Offenheit der Stadt diesbezüglich habe ich immer geschätzt, auch dass die Stadtspitze es immer unterstützt hat, wenn wir innovativ unterwegs sind.

Und wie sieht es mit der Bezahlung aus? Da sind Ihnen durch die Tarifverträge ja die Hände gebunden...

Das stimmt, aber in vielen unserer Ausbildungs- und Studiengänge bekommen sie bei uns eine top Ausbildungsvergütung. Und wir haben etliche Berufsgruppen, wo wir mit der freien Wirtschaft mithalten können – allerdings nicht bei einigen technischen Berufen, da werden in der freien Wirtschaft oder in der Schweiz ganz andere Gehälter gezahlt. Aber dafür gilt bei uns „Equal Pay“, das heißt Männer und Frauen werden gleich bezahlt. Obendrauf gibt es Leistungsentgelt, Prämiensysteme bei den Beamten, eine gute Betriebsrente, super Jobtickets und Angebote im Gesundheitsmanagement wie Hansefit. Geld ist wichtig, aber Geld ist nicht alles. Das zeigen auch unsere Umfragen unter den Mitarbeitenden. „Wir lieben Freiburg“ war der Slogan, der sich daraus entwickelt hat.

Wie hat sich die Stadtverwaltung während Ihrer vielen Dienstjahre verändert?

Die Stadtverwaltung verändert sich ständig. Es kommen neue Aufgaben hinzu, neue Gesetze und Verordnungen. Manches wie die U3- oder die Schulkinderbetreuung gab es früher gar nicht. Durch die Digitalisierung hat sich vieles beschleunigt, und die Erwartungshaltung ist heute höher. Bürgerbeteiligung spielt eine viel größere Rolle. Insgesamt müssen wir aufpassen, dass wir in Deutschland nicht überbürokratisieren und alles bis ins Kleinste regeln. Den Menschen draußen ist manchmal gar nicht zu erklären, warum Entscheidungsprozesse so lange dauern, so viele Stellen gefragt und gehört werden müssen – sie wollen eigentlich nur eine Entscheidung haben. Und den Menschen ist es egal, wer zuständig ist und woher die Vorgaben kommen. Unser Personal muss das aber umsetzen und wird damit konfrontiert, was nicht immer einfach ist.

Und wie sieht die Verwaltung in zehn Jahren aus?

Digitalisierung und der demografische Wandel sind die zwei großen Herausforderungen: Wir verlieren in den nächsten acht Jahren fast 1000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Ohne qualifizierte Zuwanderung wird der Bestand an Arbeitskräften in Deutschland nach unten gehen. Schon jetzt bekommen wir nicht mehr überall genügend Bewerbungen. Da können bessere Prozesse und schnellere Abläufe durch Digitalisierung hilfreich sein – nicht in Kitas, da kann man ja keinen PC hinstellen, aber in anderen Bereichen. In manchen Rechtsgebieten zum Beispiel sind die Bestimmungen überschaubar, daher gibt es bundesweit Überlegungen, dass in zehn Jahren künstliche Intelligenz 80 Prozent mancher Fälle entscheiden könnte. Als Konsequenz müssen wir durch Reformen und Umbau unsere vorhandenen Ressourcen effizienter nutzen, aber auch darauf achten, dass wir unseren Mitarbeitenden nicht immer noch mehr Aufgaben obendrauf packen. Also: Priorisieren und überlegen, was machen wir wie mit wem?

Bei Gemeinderatssitzungen sitzen Sie mit vorne auf der Bürgermeisterbank. Was ist dort Ihre Aufgabe?

Für kommunalverfassungsrechtliche Fragen ist immer schon das Hauptamt zuständig. Mittlerweile haben wir pro Jahr an die 300 Sitzungen von Ausschüssen und Gremien – und da braucht die Sitzungsleitung Unterstützung, wenn ad hoc Fragen

auftauchen. Ich greife zum Beispiel ein, wenn eine Abstimmung unklar ist, das kann in der Hektik ja mal passieren, oder wenn es Störungen gibt, etwa wenn, wie schon geschehen, von der Galerie oben Erbsen fliegen.

Sie haben in Ihrer Amtszeit drei verschiedene Oberbürgermeister erlebt. Wie haben sich diese Personen in ihrer Amtsführung unterschieden?

Das waren drei ganz unterschiedliche Herangehensweisen zu ganz unterschiedlichen Rahmenbedingungen. OB Böhme war für mich ein Lehrmeister: Wie komme ich von Ideen über gutes Verwaltungshandling zu einer politischen Mehrheit, wie muss ich Dinge umsetzen und kommunizieren? Bei OB Salomon, und auch bei Bürgermeister Neideck, hatte ich die Rückendeckung, Dinge anzustoßen. Mit OB Martin Horn ist jetzt ein völlig anderer Stil gekommen: jünger, mit Affinität zu Social Media. Das war ein Umgewöhnungsprozess, was normal ist, aber wir haben das ordentlich miteinander hinbekommen. Wenn ich zurückblicke, ist da ein gewisser Stolz, dass ich mit drei Oberbürgermeistern, 14 Dezernenten, 27 Ortsvorstehern und acht Gemeinderatsamtsperioden an vielen Ecken in dieser Verwaltung mitarbeiten konnte – als Zahnrädchen in dem ganzen Getriebe. Was bei meinem Ausbildungsbeginn als Idee da war, hat sich bewahrheitet: Es war spannend, interessant und auch erfolgreich.

Und wie konnten Sie abschalten in turbulenten Zeiten?

Ich hatte oft eine 60- bis 70-Stunden-Woche – geholfen hat mir dabei zweierlei: mich auf mein Rennrad setzen oder Holz hacken. Herr Böhme hat in einer sehr stressigen Phase mal zu mir gesagt: „Herr Hurst, Sie gehen jetzt. Montag sehe ich Sie wieder. Hacken Sie Holz, das tut mir auch gut.“ Ich hab’s gemacht, und es tat gut. Zweitens: Eine Oase ist für mich meine Großfamilie mit vier Generationen, die erdet mich. Egal ob Stadtdirektor oder Personalchef – man sollte bei alledem niemals vergessen, wo man herkommt und wer man ist.

Und wie blicken Sie dem Ruhestand entgegen?

Ich schaue mit Stolz und Dankbarkeit auf diese vielseitigen Jahre. Auch wenn ich vom Alter her noch zwei Jahre arbeiten könnte, weiß ich doch: Ich bin genauso ersetzbar wie alle anderen auch. Wenn jemand nach so vielen Jahren geht, geht natürlich viel Erfahrung und Know-how, aber das eröffnet auch Chancen, Dinge zu verändern. Es geht immer weiter, das ist meine Erfahrung. Jetzt freue ich mich erstmal auf die Zeit für meine Familie, aufs Rennrad- und im Winter aufs Viererbobfahren im Engadin.

Vom Pilotversuch zum Großprojekt

Schoco-Teststrategie: Rund 7000 Schülerinnen und Schüler werden jetzt getestet

Unterricht trotz Pandemie: Seit März beschreitet die Verwaltung mit einer städtischen Pool-Teststrategie einen innovativen Weg, um einen sicheren Schulbesuch zu ermöglichen. Bisher gab es in dem Pilotprojekt 2000 Tests an insgesamt fünf Schulen. Aufgrund der guten Erfahrungen hat die Stadt das PCR-Verfahren auf alle Grundschulen ausgeweitet.

Die dritte Pandemiewelle ist in vollem Gange, Fachleute warnen vor überfüllten Intensivstationen, und inzwischen ist klar: Schülerinnen und Schüler sind wesentlich stärker betroffen als noch im vergangenen Jahr. Gleichzeitig leidet die jüngere Generation enorm unter Schulschließungen und den psychologischen Folgen von Kontaktbeschränkungen; die Lernverluste sind nur schwer aufzuholen.

„Deshalb arbeiten wir mit unserem Konzept daran, die Schulen so sicher wie möglich zu machen“, erklärt Oberbürgermeister Martin Horn: „Die Freiburger Teststrategie ist ein leistungsfähiger, innovativer und landesweit einzigartiger Weg.“ Und der sieht folgendermaßen aus: An allen Grundschulen und Sonderpädagogischen Bildungseinrichtungen (SBBZ) finden zweimal wöchentlich in allen Klassen PCR-Tests statt. Alle wichtigen Infos rund um dieses Schoco-Testsystem (Schul-Observation auf Corona) finden sich in der Amtsblatt-Übersicht.

Wie funktioniert das Schoco-Testsystem?

Das Testsystem ist denkbar einfach: Die Schülerinnen und Schüler einer Klasse lutschen morgens an einem Wattestäbchen – daher auch der liebevolle Spitzname Lolli-Tests. Alle Proben kommen dann in einen Behälter; diese anonymisierte Wattestäbchensammlung, auch Pool genannt, wird im Labor einem PCR-Test unterzogen.

Anders als im Pilotprojekt müssen alle Kinder nur bei einem positiven Pool-Ergebnis einzeln getestet werden. Dafür hält das Testzentrum an der Messe täglich Kapazitäten frei. Das Gesundheitsamt entscheidet, je nach Ergebnis, über mögliche Quarantänemaßnahmen.

Was sind die Vorteile des Schoco-Testsystems?

Das Wichtigste vorweg: Das Schoco-Testverfahren ist für die Kinder völlig unbedenklich und bietet gegenüber den klassischen Schnelltests viele Vorteile. „Die Lolli-Tests sind für Kinder sehr leicht anzuwenden und schmerzfrei, sie eignen sich deshalb besonders gut für Grundschulen und SBBZs“, fasst die neue Bildungsbürgermeisterin Christine Buchheit den Vorzug der neuen Teststrategie zusammen. Bei einem positiven Ergebnis werden die Schülerinnen und Schüler auch nicht vor dem kompletten Klassenverbund stigmatisiert.

Hinzu kommt: PCR-Tests sind sicherer als die bisher verwendeten Schnelltests. Die verschwindend geringe Fehlerquote gewährleistet einen sicheren Schulbesuch. Und zu guter Letzt: Obwohl PCR-Tests eigentlich teuer und die Testkapazitäten begrenzt sind, spart die Pool-Testung viel Geld. Ein Beispiel: Eine dreißigköpfige Schulklasse braucht statt 30 Schnelltests nur eine Pool-Testung. Erst bei einem positiven Ergebnis fallen weitere Tests an.

Wie wird das Ergebnis mitgeteilt?

Eine SMS informiert die Eltern und Schulen sowohl über negative als auch positive Ergebnisse. Möglich macht das eine vollautomatisierte digitale Infrastruktur. Damit können Angehörige zeitnah und datenschutzkonform kontaktiert werden.

Gibt es eine Testpflicht?

Eine gesetzlich vorgeschriebene Pflicht gibt es nicht, ganz freiwillig sind die Tests aber auch nicht. Solange die Sieben-Tage-Inzidenz stabil unter 100 liegt, ist die Teilnahme an den Lolli-Tests freiwillig, aber höchst empfehlenswert; Eltern müssen eine Einverständniserklärung ausstellen. Steigt der Wert über 100, greift eine indirekte Testpflicht: Um die gesamte Klasse zu schützen, dürfen nur die Schülerinnen und Schüler am Unterricht teilnehmen, die ein negatives Testergebnis vorlegen können.

Wie viel kostet das Testverfahren?

Für eine sechsmonatige Projektlaufzeit baut die Verwaltung eine vollautomatisierte digitale Infrastruktur auf. Kostenpunkt: 120 000 Euro. Für die Personalkosten und wissenschaftliche Begleitung fallen nochmals 90 000 Euro an. Die laufenden Kosten betragen pro Pool-Test knapp 50 Euro.

Tests an Schulen und Kitas

Das Schoco-Testverfahren ist am Montag in allen 30 Grundschulen und SBBZs gestartet. Die weiterführenden Schulen bekommen weiterhin Schnelltests geliefert. Ebenfalls neu: Obwohl das Land keine Testpflicht für Kitas erlassen hat, weitet die Stadt ihre Teststrategie auf Kindergärten und Kindertagesstätten aus. Dafür hat die Verwaltung im Laufe der Woche 69 000 Spucktests über die Einrichtungen an die Eltern ausgeliefert. Damit können die Kinder in ihrem gewohnten familiären Umfeld vor dem Kita-Besuch getestet werden. Sobald die Kapazitäten vorhanden sind, will die Stadt Lolli-Tests an Kitas einsetzen.

„Wir müssen die dritte Welle bremsen“

Bundesnotbremse gilt im Land schon jetzt Freiburg noch nicht betroffen

Die Bundesregierung hat sich in der vergangenen Woche auf eine bundesweite und verpflichtende Notbremse für die Länder geeinigt – vorausgesetzt, die Sieben-Tage-Inzidenz steigt auf über 100. Während der Bundestag noch zustimmen muss, gelten in Baden-Württemberg schon seit dieser Woche die einheitlichen Regeln. „Die Unklarheiten, was wann wo gilt, sind dann vorbei“, verspricht Kanzlerin Angela Merkel.

Seit der stufenweise beschlossenen Corona-Lockerung im März gleicht die Pandemiebekämpfung der Länder einem Flickenteppich: Statt Notbremse gibt es vielerorts regionale Sonderwege, geöffnete Außengastronomie oder nicht umgesetzte Ausgangssperren trotz hoher Infektionszahlen – das uneinheitliche Vorgehen ist schwer verständlich. Gleichzeitig nähern sich die Intensivstationen mit bedrohlicher Geschwindigkeit den Kapazitätsgrenzen.

Deshalb hat sich die Regierung auf mehr Zugriffsrechte für den Bund verständigt und will das Infektionsschutzgesetz ändern. Denn: Bisher beschließen die Länder per Verordnung Maßnahmen im Kampf gegen das Virus – von Kontaktbeschränkungen bis Schulschließungen. Bundesweit einheitliche Regeln seien längst „überfällig“, betonte Kanzlerin Angela Merkel und fordert in einer Stellungnahme: „Wir müssen die dritte Welle der Pandemie bremsen.“

Eigentlich muss über den Entwurf des geänderten Infektionsschutzgesetzes noch im Bundestag abgestimmt werden. Doch Baden-Württemberg hat beschlossen, nicht auf den Bund zu warten und die Bundesnotbremse sofort umzusetzen. Das bedeutet: Sollte die Sieben-Tage-Inzidenz in Freiburg an drei aufeinanderfolgenden Tagen über 100 liegen, treten automatisch folgenden Regeln in Kraft:

- Kontaktbeschränkungen und Ausgangssperre: Ein Haushalt darf sich nur noch mit einer weiteren Person treffen, jedoch nie mehr als fünf Menschen gleichzeitig – Kinder unter 14 Jahren fallen nicht unter die Beschränkung.
- Ausgangssperre: Von 22 bis 5 Uhr tritt eine Ausgangssperre in Kraft. Joggen und Spaziergänge sollen bis Mitternacht erlaubt sein. Ausnahmen hiervon sind beispielsweise medizinische Notfälle, berufliche Gründe oder die Versorgung von Tieren.
- Geschäfte: Läden und Baumärkte müssen schließen; im Einzelhandel bleibt allerdings das Abholen bereits bestellter Waren, ebenfalls bekannt als „Click & Collect“, auch bei hohen Infektionszahlen möglich. Der Lebensmittelhandel, Getränkemärkte, Apotheken, Drogerien und Tankstellen bleiben geöffnet.
- Kultur- und Freizeiteinrichtungen wie Schwimmbäder, Theater, Zoos, Kinos oder Museen müssen schließen.
- Tourismus und Restaurants: Hotels bleiben geschlossen. Touristische Übernachtungsangebote sind untersagt. Restaurants dürfen nur Take-away anbieten.
- Individualsport darf nur noch allein, zu zweit oder mit den Angehörigen des eigenen Hausstands ausgeübt werden. Kontaktsport ist untersagt. Kinder bis 14 Jahre dürfen weiterhin in Gruppen Sport machen.

Steigt die Sieben-Tage-Inzidenz auf 165, sind die Schulen wieder zum Distanzunterricht verpflichtet. Angesichts dieser weitreichenden Regeln warb die Kanzlerin nochmals um Verständnis und Disziplin: „Wir haben es schon einmal geschafft, die Zahlen auf ein kontrollierbares Maß zu bringen, und das werden wir auch nochmal schaffen.“

„Doppelt so viel Rücksicht nehmen wie sonst“

Fahrradserie (Teil 4): Wenn Mountainbiker und Wanderer im Stadtwald aufeinandertreffen

Strahlend schönes Frühlingswetter und kein Urlaub möglich – was liegt da näher als ein Ausflug ins Grüne? So verbringen seit Beginn der Corona-pandemie immer mehr Menschen ihre Freizeit im Stadtwald: machen Spaziergänge und Wanderungen, gehen joggen oder fahren Mountainbike. Das bringt zwangsläufig Konflikte mit sich – doch das städtische Forstamt und der Mountainbikeverein Freiburg tun viel, um sie in Grenzen zu halten.

Ob flach wie im Mooswald oder bergig wie am Rosskopf – mit einer Fläche von insgesamt 5100 Hektar bietet der Freiburger Stadtwald für alle etwas: für naturverbundene Wanderer und Läufer ebenso wie für Mountainbiker auf der Suche nach dem ultimativen Trail-Erlebnis. Doch nach Auskunft des Forstamts hat sich die Zahl derer, die im Wald Erholung suchen, seit Ausbruch der Coronapandemie vervielfacht. „Das bringt mehr Begegnungen mit sich“, sagt Forstamtsleiterin Nicole Schmalfuß. „Denn wir haben ja nicht mehr Platz.“ Ihr Fazit? „Dann ist doppelt so viel Rücksicht nötig.“

„Eine Handvoll diskreditiert die ganze Szene“

Immer wieder kämen Beschwerden im Forstamt an, berichtet die 48-Jährige: „Das sind Spaziergänger, Wanderer oder Familien, die ein Erlebnis hatten, das sie als gefährlich oder unfreundlich erlebt haben. Es gibt aber auch Mountainbiker, die sich angepöbelt fühlen.“ Wenn sich jemand per Telefon oder Mail melde, dann glaube sie der Schilderung selbstverständlich – doch sie wisse auch, dass das nicht typisch für alle Fahrradfahrer sei. „Die meisten sind auf erlaubten Wegen rücksichtsvoll unterwegs“, so Nicole Schmalfuß. „Aber wenn viele unterwegs sind, dann reicht schon eine Handvoll, die sich auf Wanderwegen vom Schauinsland nach Günterstal runterstürzen – die diskreditieren dann unter Umständen die ganze Szene.“

Wo darf man radfahren?

„Erlaubte Wege“ sind alle, die breiter als zwei Meter sind: Auf ihnen ist Fahrradfahren erlaubt. Ebenso auf schmaleren Wegen mit einer gelben Mountainbike-Beschilderung; sie sind positiv für Fahrradfahrer ausgewiesen. Auf allen anderen schmalen Wegen ist Radfahren nicht erlaubt, manche sind auch „negativ“ ausgeschildert, etwa durch ein Schild mit durchgestrichenem Mountainbike oder eine Absperrung aus Holz: „Hier sollen Fahrradfahrer auf keinen Fall fahren, denn das würde nur Konflikte geben“, erklärt die Amtsleiterin. „Zum Beispiel, weil der Weg erosionsgefährdet ist oder weil hier, wie etwa auf dem Sägemännleweg in Littenweiler, viele Familien mit kleinen Kindern laufen.“

Die Strecken wurden gemeinsam ausgesucht

Das seien die Säulen, auf denen das Lenkungskonzept des Stadtwalds basiere, und das erklärten sie und ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auch den Anrufern, die sich beschwerten. Regelmäßig kontrollieren oder gar sanktionieren könne das ihr Amt aber nicht, sagt Schmalfuß entschieden. Wichtig ist ihr, dass die Streckenführungen zusammen mit dem Verein Mountainbike Freiburg, aber auch mit dem Schwarzwaldverein ausgesucht wurden. „Auch bei den schmaleren Trails haben wir immer gemeinsam überlegt, wo sie möglich sind. Erst dann werden sie genehmigt.“

„Sehr gutes Miteinander“

Die lokale Radszene sei sehr daran interessiert, dass Konflikte gar nicht erst entstehen und Radfahrer und Fußgänger gut aneinander vorbeikommen, betont Schmalfuß. „Wir haben ein sehr gutes Miteinander mit dem lokalen Mountainbikeverein, die Mitglieder sind an einem guten Auskommen im Stadtwald interessiert.“ Das kann Patrick Hecklinger, Pressesprecher des Vereins, „eins zu eins“ bestätigen. Das Forstamt, aber auch der Schwarzwaldverein und die Bergwacht seien für sie wichtige Partner, die Zusammenarbeit gut und freundschaftlich. Natürlich drängten sich aufgrund der Pandemie mehr Menschen im Wald, und dadurch könne es Reibungspunkte geben, aber: „Wir tun alles dafür, dass Begegnungen mit Fußgängern friedlich und konfliktfrei bleiben.“

Allerdings sind gerade an Wochenenden nicht nur Freiburgerinnen und Freiburger im Stadtwald unterwegs – davon zeugen an den Waldrändern oder auf Waldparkplätzen geparkte Autos mit Fahrradträgern, die Kennzeichen aus ganz Baden-Württemberg und darüber hinaus haben. „Und bei Bikern, die nur übers Wochenende kommen, kann es vielleicht eher mal darum gehen, den maximalen Fun rauszuholen“, so Nicole Schmalfuß.

„Querfeldein fahren geht gar nicht!“

Was sie richtig verärgert, ist, wenn Mountainbiker wild querfeldein fahren, etwa durch Brutgebiete von Vögeln. „Das geht gar nicht. Das schreckt die Tiere enorm auf.“ Auch wild gebaute Trails – „weil die regulären nicht mehr spannend genug sind“ – stoßen auf scharfe Kritik bei ihr. Diese gingen oft in Bereiche, die geschützt und ganz ruhig sind. Etwa am Schönberg, wo während des ersten Lockdowns im vergangenen Frühjahr in einem kleinen, feuchten Tal ein wilder Trail mit Sprungschanzen angelegt wurde. „Da lagen vorher umgestürzte Bäume quer, das war ein Biotop, in dem Feuersalamander

lebten und Vögel brüteten. Das geht gar nicht, da wird viel Vertrauen verspielt.“

Sorgen macht ihr auch das Fahren in der Dämmerung und nachts mit Beleuchtung. „Wenn so viel los ist wie zurzeit, dann brauchen die Tiere nicht nur Rückzugsräume, sondern auch Rückzugszeiten, in denen sie sich ungestört bewegen und fressen können.“

„Mit gesundem Menschenverstand“

Wichtig ist Schmalfuß, ihren Appell nicht nur an Mountainbikerinnen und -biker, sondern an alle Menschen im Wald zu richten. „Denn ob ich mit dem Mountainbike fahre oder zu Fuß durchs Unterholz marschiere, macht ja nicht viel Unterschied“, betont sie. Für alle gelte: Auf den Wegen bleiben und sich auf Tageslichtzeiten beschränken, die Tiere nachts in Ruhe lassen. „Und vielleicht auch mal zu überlegen, ob ich unbedingt am Sonntag bei strahlendem Sonnenschein einen schmalen Weg hinunterrauschen möchte – da ist die Wahrscheinlichkeit, viele Begegnungen und damit Konflikte zu provozieren, natürlich größer als an einem vielleicht eher trüben Tag unter der Woche. Mit gesundem Menschenverstand und Rücksichtnahme lassen sich die allermeisten Konflikte vermeiden.“

Schmalfuß fährt übrigens selbst gerne Mountainbike, genießt es vor allem, kontinuierlich bergauf zu fahren, „wenn man langsam an Höhe gewinnt und die zunehmend grandiosen Aus- und Weitblicke ins Rheintal oder in den Schwarzwald genießen kann“. Seit einiger Zeit jedoch steigt sie immer häufiger aufs Rennrad um, denn: „Es gibt in der Region wunderschöne verkehrssarme Touren, und da ist weniger los als auf vielen Waldwegen.“

Waldfreizeitkarte

Auf der Waldfreizeitkarte des Forst- und Vermessungsamts sind die Themen Freizeit, Erholung und Natursport im Wald für den Stadtkreis Freiburg übersichtlich dargestellt. Die Karte gibt es für acht Euro bei der Bürgerinformation im Rathaus im Stühlinger, der Bürgerberatung im Innenstadtrathaus, beim Forstamt, Günterstalstraße 71, bei der Ortsverwaltung Opfingen und im Fachhandel.

Radserie

Dieser Artikel ist Teil einer Serie im Amtsblatt, in der wir zusammen mit dem Garten- und Tiefbauamt – und dieses Mal mit dem Forstamt – in loser Folge über verschiedene Radthemen berichten.

Energieberatung in Opfingen

Wie viel Energie verbraucht mein Haus? Wie kann ich Geld und Energie sparen? Diese Fragen beantwortet die Energiekarawane, eine kostenlose, qualifizierte Energieberatung der Verbraucherzentrale, demnächst in Opfingen. Dabei können Fragen zu Schwachstellen des Hauses gestellt und mögliche Modernisierungsmaßnahmen erörtert werden. Außerdem gibt es Informationen zu Fördermöglichkeiten. Die Beratung ist anbieter- und produktneutral und als eine Leistung der Stadt Freiburg kostenfrei. Häuslebesitzer werden entweder direkt kontaktiert – oder können sich selbst an den Verein FESA e.V. wenden, der von der Stadt mit der Terminkoordination beauftragt ist.

Nähere Informationen gibt es außerdem bei der kostenlosen Online-Auftaktveranstaltung, die am Donnerstag, den 6. Mai, von 19 bis 21 Uhr, stattfindet. Für eine bessere Planung wird um Anmeldung gebeten (E-Mail: energiekarawane@fesa.de, auf www.fesa.de oder per Tel. 0761/7 67 16 46).

BAUSTELLEN IN KÜRZE

Badenova prüft nachts Kanäle

Vom 26. April bis voraussichtlich 2. Juni kontrolliert die Badenova Kanäle, die unterhalb von Stadtbahngleisen verlaufen und daher tagsüber nicht zugänglich sind. Die nächtlichen Arbeiten dauern jeweils etwa von ein Uhr bis fünf Uhr morgens und über mehrere Tage hinweg.

Konkret betrifft es einen Teil der Sundgauallee (26.–28.4.), Wannerstraße (28.4.–29.4.), Günterstalstraße (29.4.–3.5.), Habsburgerstraße (3.5.–7.5.) sowie der Kaiser-Joseph-Straße (17.5.–2.6.).

ESE erneuert Abwasserkanäle

Ab Montag, 3. Mai, erneuert die Stadtentwässerung Freiburg (ESE) die Abwasserkanäle in der Vogesen- und Rabenstraße im Stühlinger. Dabei kommt es zu Verkehrsbehinderungen, Grundstückszufahrten sind aber weiterhin möglich und die Fußgängerwege bleiben frei. Die Bauarbeiten dauern bis Ende Oktober.

Vollsperrung der Zähringer Straße

Die Badenova erneuert bis Mitte Juni zwei Erdgasleitungen und eine Wasserleitung in Zähringen zwischen der Tulla- und der Hornusstraße. Dazu muss die Zähringer Straße stadteinwärts in dem rund 450 Meter langen Abschnitt voll gesperrt werden. Eine großräumige Umfahrung ist ausgeschildert. Anliegerverkehr sowie Zufahrt in die Tiefgaragen sind aber jederzeit möglich.

Tunnel B31-Ost wird gesperrt

Von Dienstag, 4. Mai, bis Donnerstag, 6. Mai, führt das Garten- und Tiefbauamt (GuT) umfassende Kontroll-, Wartungs-, Reparatur- und Reinigungsarbeiten in den Tunnelanlagen der B31-Ost durch. Dazu wird jeweils eine Tunnelröhre voll gesperrt, und zwar stadteinwärts von Dienstag auf Mittwoch in der Zeit von 20 bis circa 6.30 Uhr sowie stadtauswärts von Mittwoch auf Donnerstag in der Zeit von 20.30 bis circa 7 Uhr.

Berufsberatung für Frauen

Ab sofort bietet die Kontaktstelle Frau und Beruf jeden Montag von 9 bis 12 Uhr Kurzberatungen zu allen beruflichen Fragen an. Alle ratsuchenden Frauen können sich telefonisch ohne Termin an die Beraterinnen wenden. Sie erhalten Tipps und weiterführende Informationen, zum Beispiel zu Um- und Neuorientierung, Bewerbungsfragen oder zur Existenzgründung. Das neue Angebot bietet schnelle und unbürokratische Unterstützung. Die Beratungen sind vertraulich und kostenfrei. Je nach Anliegen kann im Anschluss auch ein ausführliches Gespräch vereinbart werden.

Weitere Infos: www.frauundberuf.freiburg.de, Tel. 201-1731

Fortbildung für Bildungsberater

Der Wegweiser Bildung bietet am Dienstag, 27. April, von 14 bis 17 Uhr eine Onlinefortbildung für alle Fachkräfte an, die zum Thema Bildung beraten. Denn: Das Angebot ist unübersichtlich. Alleine in der Datenbank des Deutschen Bildungsservers sind über drei Millionen Angebote aufgeführt. Was für wen geeignet ist und welche Angebote überhaupt seriös sind, bleibt oft ungeklärt.

Deshalb können sich alle Beraterinnen und Berater in der Onlineveranstaltung, einem Qualitätszirkel, darüber austauschen, wie sie Menschen, die sich weiterbilden wollen, helfen können: Nach welchen Kriterien lässt sich die Qualität des Weiterbildungsangebots und des Weiterbildungsanbieters einschätzen? Welche Informationen benötigt die ratsuchenden Personen, um eigenständig eine Auswahl zu treffen?

Anmeldung: webi@bildungsberatung-freiburg.de

Weitere Infos: www.wegweiser-bildung.de

Übung für die Bewerbung

Die Kontaktstelle Frau und Beruf veranstaltet am Donnerstag, 6. Mai, von 10 bis 12 Uhr einen Onlineworkshop dazu, wie sich Frauen nach einer längeren Krankheit bewerben können. Diese „Lücke im Lebenslauf“ ist für die Berufsbiografie ein sensibles Thema.

Die Personal- und Organisationsentwicklerin Peta Flassig gibt in dem Workshop Tipps für gute Formulierungen und berät darüber, was ein Arbeitgeber oder eine Arbeitgeberin fragen darf.

Anmeldung ab sofort online unter www.frauundberuf.freiburg.de

Beirat für Migration tagt

Am 5. Mai findet um 18 Uhr die nächste Sitzung des Migrantinnen- und Migrantenbeirats (MMB) statt. Auf der Tagesordnung stehen die Abstimmung der MMB-Vertretungen in weiteren städtischen Gremien, die Berichte des Vorstands und der Kommissionen, Infos zum Wahlkreis 100% sowie über die interkulturellen Wochen.

Diese Sitzung ist öffentlich, findet aber erneut online statt. Die Zugangsdaten zur Videokonferenz gibt es bei Laura Spudeit von der MMB-Geschäftsstelle. Dazu einfach eine E-Mail an: migrantenbeirat@stadt.freiburg.de schicken.

Von magischen Rezepten und einem tragischen Schicksal

Im Stream: Zwei Aufführungen feiern Ende April ihre Premieren im Stadttheater

Zwar sind die fünf großen Holztüren des Stadttheaters seit November geschlossen, doch Kulturbegeisterte müssen auf den, wenn auch digitalen, Besuch nicht verzichten. Denn zwei Premieren kommen live von den städtischen Bühnen ins heimische Wohnzimmer: Am Sonntag, 25. April, führt das Junge Theater erstmals den Roman „Wie der Wahnsinn mir die Welt erklärte“ von Dita Zipfel auf. Am Mittwoch, 28. April, folgt eine Interpretation des Musiktheaters von Henry Purcells Oper „Dido and Aeneas“.

Seit Anfang Februar hat das Stadttheater wieder den Betrieb aufgenommen. Ein Besuch ist zwar noch nicht möglich, aber immerhin kann wieder geprobt, aufgeführt und gestreamt werden. Das Junge Theater nimmt alle Theaterfreundinnen und -freunde auf die wundersame Reise der zwölfjährigen Lucie mit, die eigentlich nur nach Berlin will – doch statt um modernes Großstadtleben geht es um einen mysteriösen alten Herrn und magische Rezepte.

In den Norden Afrikas entführt das Musiktheater sein Publikum: Unter der musikalischen Leitung von Ektoras Tartanis spielen der Opernchor und das Philharmonisches Orchester die herzerreißende Liebesgeschichte einer Königin und eines geflohenen Prinzen.

Wie der Wahnsinn mir die Welt erklärte

Lucie ist zwölf Jahre alt – und mächtig verärgert. Das Leben ist unerträglich geworden, seit der neue Lebensgefährte ihrer Mutter eingezogen ist. Etwas muss sich ändern! Da stößt sie passenderweise auf einen Aushang für einen geradezu unveranschlagt gut bezahlten Gassigeh-Job (20 Euro pro Stunde). Genug, um nach Berlin zu ziehen.

Die ganze Geschichte hat allerdings einen Haken: Der Hund ist längst tot, der Aushang nur das Täuschungsmanöver eines womöglich verrückten alten Mannes namens Klinge. Und der sucht in Wirklichkeit einen Ghostwriter für sein völlig durchgedrehtes Kochbuch. Lucie glaubt ihm natürlich erst mal kein Wort: Mit Drachenherzen, Einhornknochen oder Werwolfspucke soll sie kochen. Rezepte, die angeblich Kräfte besitzen. Aber versuchen kann man es ja mal! Trotz ihrer anfänglichen Skepsis probiert sie einen Liebestrank aus...

Dido and Aeneas

Regisseur Tilman Knabe bringt die englischsprachige Oper von Henry Purcell, uraufgeführt 1688 oder 1689 in London, auf die städtischen Bühnen. Aeneas, Prinz von Troja, flieht nach der Zerstörung seiner Heimatstadt nach Nordafrika. Hier verliebt sich der junge Mann in Dido, Königin und Politikerin – eine herzerreißende Liebesgeschichte zwischen politischer Propaganda und privater Tragödie.

Denn: Dido ist gefangen; sie liebt Aeneas, will aber gleichzeitig unbedingt ihre Unabhängigkeit bewahren. Tilman Knabe versteht es dabei, die verschiedenen Rollen der Dido genau zu sezieren: als Königin, als unabhängige Frau, als Liebende. Die Tickets für die Streams kosten zwischen 3 und 15 Euro und können online unter www.dringeblieden.de gekauft werden. Alle Aufführungen sind nach der Liveübertragung zusätzlich drei Tage online abrufbar.

Kultur wieder sichtbar machen: „Es gibt uns noch!“

Kulturamt, Stadtbibliothek, Konzerthaus und städtische Museen starten Imagekampagne

Am heutigen Freitag geht sie an den Start: die breite Öffentlichkeitskampagne, die auf die aktuelle Notsituation von Freiburger Kultureinrichtungen und -initiativen aufmerksam machen will. Denn diese sitzen mit Theater-, Tanz- und Konzertprogrammen, mit Kabarettabenden, Ausstellungen oder geplanten Lesungen quasi in den Startlöchern, dürfen ihre Türen aber nach wie vor nicht für Besucherinnen und Besucher öffnen. Die Aktion steht unter dem Motto „Kultur_Los!“

„Wer werden wir gewesen sein?“, lautet die zentrale Frage, die dieser Tage auf Plakaten und Bannern in der Innenstadt prangt – etwa am Rathausbalkon oder an den Fassaden des städtischen Theaters, Konzerthauses oder der Stadtbibliothek. Wer werden wir gewesen sein – ohne die Kulturveranstaltungen, die sonst unseren Alltag auflockern, uns bereichern und zum Nachdenken bringen? Das fragen Kulturamt, Stadtbibliothek, Städtische Museen Freiburg und Theater Freiburg in Bezug auf die gähnende Abwesenheit aktiven kulturellen Lebens in Freiburg.

Die Kampagne richtet ihren Blick jedoch auch stadtweit auf die vielen Einrichtungen der freien Szene. „Die Tragödien und Existenzkämpfe dort bekommen wir direkt mit“, berichtet Clementine Herzog vom Kulturamt, die die Kampagne vom Kulturamt aus mit betreut. „Es gibt viele Kulturschaffende, die gar nicht mehr ausüben können, was ihr Anliegen ist, und nicht wissen, womit sie ihr Geld verdienen sollen.“ Auf die Lockerungen im vergangenen Sommer hätten viele zwar sehr kreativ reagiert, „aber davon abgesehen herrschen seit einem Jahr Lockdown und Beschränkungen, eine Öffnungsperspektive ist nicht in Sicht. Alles auf null gesetzt, totale Tristesse – man kann es nicht anders sagen“.

„In den Startlöchern“

Die Idee der Imagekampagne ist im Zuge des zweiten Lockdowns für die Kultur im Dezember 2020 entstanden, denn: „Allen gemeinsam war der Wunsch, sichtbar zu bleiben“, erzählt die Kulturamtsmitarbeiterin. „Zu zeigen: Es gibt uns noch, auch wenn wir die Türen zu unseren Häusern nicht öffnen können.“ Auf der zentralen Website www.kulturlos.org können sich ab sofort Kultureinrichtungen präsentieren, außerdem geht die Kampagne mit weiteren Aktionen auf Facebook und Instagram an den Start.

Zusammengeschrieben verweist der Titel „Kultur_Los!“ auf die Abwesenheit von Kultur. Er versteht sich ebenso als Aufforderung loszulegen. „Wir wollen zum Ausdruck bringen, dass die Kultur nicht stirbt, sondern in den Startlöchern steht“, so die Initiatorinnen und Initiatoren in einer gemeinsamen Pressemitteilung. Darüber hinaus steht „Los“ für die Möglichkeit, mit einem Los bei der Tombola auf der Website mitzumachen. Zu gewinnen gibt es exklusive coronakonforme Einblicke in Einrichtungen, Tickets für die Zukunft, Bücher und Kataloge oder auch attraktive Erinnerungen zu vergangenen Veranstaltungen.

Mehr als Brot und Spiele

Das Ziel ist, positive Signale zu senden: „Kunst und Kultur stehen für ein Lebensgefühl“, bringt es Kulturamtsleiterin Felicia Maier auf den Punkt. „Sie stellen beflügelnde Bezüge her und regen zur kritischen Hinterfragung an. Und sie zeigen, dass die Menschen neben Brot und Spielen emotionale, imaginäre und geistige Auseinandersetzung brauchen.“ Das alles fehle momentan, so die Initiatorinnen und Initiatoren. „Für kulturraffine Menschen bricht etwas Wichtiges weg, an Reflektionsmomenten und Perspektivwechseln.“ Daher zielt die Kampagne darauf ab, was Kunst bewirken kann.

Konkrete Hilfe

Sie soll freien Kulturinitiativen, die ein wichtiger Teil der Freiburger Kulturlandschaft sind, aber auch ganz konkret helfen. Wer seine Einrichtung im Rahmen der Kampagne im öffentlichen Raum präsentieren möchte, kann dafür beim Kulturamt finanzielle Unterstützung beantragen. Beratung, Gestaltung und Layout liefert die Freiburger Werbeagentur „feyka&herr“, die das Design der Kampagne maßgeblich gestaltet hat.

In Verbindung bleiben

Und was wird „Kultur_Los!“ einst bewirkt haben? Welchen Effekt erhoffen sich die Initiatorinnen und Initiatoren? „Zuallererst natürlich, dass wir in einem Jahr wieder unkompliziertere Zeiten haben“, sagt Herzog. Bis dahin wolle die Kampagne durch das Sichtbarmachen dazu beitragen, die Verbindung zwischen Kulturschaffenden, Künstlerinnen und Künstlern sowie Rezipientinnen und Rezipienten zu halten. „Damit die Kultureinrichtungen leichter wieder anknüpfen können und nicht jede Zuschauerin und jeden Zuschauer hinter dem Ofen hervorholen müssen.“

Darüber hinaus rege die Frage „Wer werden wir gewesen sein?“ dazu an, sich aus dem Hier und Jetzt, aus der „aktuellen Perspektivlosigkeit und Sackgasse“ herauszudenken, meinen die Initiatorinnen und Initiatoren. „Es wird wichtig sein zurückzuschauen. Jetzt müssen wir auch in die Zukunft blicken und uns bewusst machen: Es geht weiter und es gibt eine Zeit danach!“

Info: www.kulturlos.org

Erinnern und vermitteln

Das Dokumentationszentrum Nationalsozialismus Freiburg eröffnet zwar erst 2023, ist aber jetzt schon mit einem eigenen Online-Auftritt präsent. Die Website informiert über die Gründungsgeschichte des Zentrums, den Umbau des ehemaligen Verkehrsamts am Rotteckring und stellt natürlich vor, welche Themenschwerpunkte das Team um Julia Wohlrab, Leiterin des Dokumentationszentrums, in Zukunft bearbeitet.

„Die Erinnerung ist wie das Wasser: Sie ist lebensnotwendig, sie hat kein Verfallsdatum und sie ist nicht per Beschluss für bearbeitet oder für beendet zu erklären.“ Das Zitat von Noach Flug, Auschwitz-Überlebender und Präsident des Internationalen Auschwitz-Komitees, umreißt die Aufgaben des Dokumentationszentrums: Erinnern ist nicht nur ein Blick in die Vergangenheit, sondern eine nie endende Vermittlungsaufgabe für die Zukunft.

Der Online-Auftritt gibt einen Einblick in die erste Einrichtung, die sich explizit mit der Geschichte Freiburgs im Nationalsozialismus befasst. Dabei soll es nicht um einfache Zuschreibungen wie Täter und Opfer gehen, sondern um die Grautöne der NS-Vergangenheit: Warum hat ein Mensch, der mit einer jüdischen Familie befreundet war, sich später bereitwillig an ihrem Besitz bereichert? Aber auch: Warum hat ein Mensch, der die SS unterstützt hat, sich für die Rettung von Jüdinnen und Juden eingesetzt?

„Die Seite wird sukzessive zu einer interaktiven Plattform ausgebaut“, erklärt Tilmann von Stockhausen, leitender Direktor der städtischen Museen. Geplant ist beispielsweise ein filmischer Rundgang durch das ehemalige Verkehrsamt.

Weitere Infos: www.nsdoku.freiburg.de

VHS-Programm: Termine ab Mai

Das zweite Programmheft für das aktuelle Semester der Volkshochschule erscheint am 5. Mai als Beilage im Freiburger Wochenbericht. Das Update enthält viele zusätzliche Veranstaltungen mit Beginn ab dem 6. Mai sowie neue Termine für bisher ausgefallene Kurse. Auch die Termine der Samstags-Uni stehen in dieser Ausgabe. Die VHS hofft, dass Präsenzveranstaltungen dann möglich sind. Interessierte werden gebeten, sich auf jeden Fall anzumelden, damit sie über etwaige Verschiebungen und Änderungen informiert werden können. Andernfalls müssen Kurse unter Umständen mangels Anmeldungen abgesagt werden. Aktuelle Informationen zu Kursverschiebungen oder Umstellungen auf Online-Unterricht gibt es unter www.vhs-freiburg.de.

Anmeldungen sind schriftlich, per Telefon oder per E-Mail möglich, eine persönliche Anmeldung im Anmeldebüro erst mit dem Ende des Lockdowns.

Frühjahrmess' abgesagt

Auch in diesem Jahr wird es keine Frühjahrmess' geben. Die FWTM hat die für 13. bis 24. Mai geplante beliebte Messe abgesagt – angesichts der wohl bevorstehenden schärferen Maßnahmen zur Bekämpfung der Coronapandemie sei eine verlässliche Planung nicht möglich. „Diese Entscheidung bedauern wir aus tiefstem Herzen, sehen aber aufgrund der aktuellen politischen Entscheidungen keine andere Möglichkeit“, so FWTM-Geschäftsführer Daniel Strowitzki.

Stellenanzeigen der Stadt Freiburg

unter www.wirliebenfreiburg.de